

II- 4843 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesBUNDESMINISTERIUM FÜR
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

XIII. Gesetzgebungsperiode

Wien; 28. Juli 1975

Zl. 11.633/25-I 1/75

2244 / A. B.zu 2316 / J.Präs. am 8. AUG. 1975B e a n t w o r t u n g

der schriftlichen parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Schlager und Genossen (SPÖ), Nr. 2316/J, vom 4. Juli 1975, betreffend Schutz vor Naturkatastrophen

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen haben Sie im Rahmen des 10-jährigen Lawinenverbauungs-Sonderprogrammes ergriffen?
2. Welche finanziellen Mittel sind seit 1970 dafür aufgewendet worden?

Antwort:

Durch die steigende Beanspruchung des Alpengebietes für Siedlungs- und Wirtschaftszwecke, insbesondere auch durch die enorme Steigerung des Winterfremdenverkehrs im Hochgebirge steigt auch die Lawinengefährdung in diesen Gebieten. Es sind daher vermehrte Aktivitäten auf dem Sektor der Lawinenverbauung notwendig. Um dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen, wurde im Jahre 1973 das Lawinenverbauungs-Sonderprogramm geschaffen.

Zu den einzelnen Punkten der Anfrage nehme ich wie folgt Stellung:

Zu 1.:

Im Jahre 1973 wurden in 27 Lawinengebieten umfangreiche Verbauungsmaßnahmen durchgeführt. Diese Verbauungstätigkeit betraf in Oberösterreich 2, in Salzburg 2, in Kärnten 3, in Tirol 11 und in Vorarlberg 9 Lawinengebiete. Im Jahre 1974 wurden ebenfalls 27 Vorhaben in Lawinengebieten ausgeführt, und zwar in Oberösterreich 2, in der Steiermark 1, in Kärnten 3, in Tirol 10 und in Vorarlberg 11.

- 2 -

Unter diesen Vorhaben sind wegen ihres Umfangs die Verbauungsmaßnahmen in den Lawinen bei Bleiberg, Gemeinde Bleiberg, Bezirk Villach, in der Bachertal-Lawine, Gemeinde Neustift, Bezirk Innsbruck-Land, in der Arzleralm-Lawine bei Innsbruck und in der Mottatobel-Lawine in Gaschurn im Montafon besonders erwähnenswert.

Zu 2.:

In den Jahren 1973 und 1974 wurden je 30 Millionen Schilling an Bundesmitteln für die Verbauungsarbeiten im Rahmen des Lawinenverbauungs-Sonderprogrammes zur Verfügung gestellt.

Für das Jahr 1975 sind für diesen Zweck 44,5 Millionen Schilling (davon 4,5 Mill. S aus dem Konjunkturausgleich-Vorschlag) vorgesehen.

Der Bundesminister:

